

Microsoft Forms

Für welche Partei stehen die Antworten?

Bitte lassen Sie uns zwecks Zuordnung wissen, für welche Partei Sie die Fragen beantworten

1. Ihre Partei

Die Linke

2. Wer hat den Fragebogen ausgefüllt (Name, Amt/Position)

Nina Bömelburg, Spitzenkandidatin auf Listenplatz 2

Allgemeines Verständnis und Parteiprogramm

Wir wollen von Ihnen wissen, welchen Stellenwert Gleichstellung und Frauenrechte bei Ihnen haben, und welche Vorhaben Sie grundsätzlich gegen Misogynie und Diskriminierung haben.

3. Wie definiert Ihre Partei „Gleichstellung der Geschlechter“ und wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf in der Landespolitik, um diese Gleichstellung nicht nur rechtlich, sondern auch de facto (z. B. im Alltag, in Politik, Verwaltung, Bildung, Arbeit) zu erreichen?

Wir als Die Linke RLP verstehen Gleichstellung der Geschlechter nicht nur als formale Rechtsgleichheit, sondern als tatsächliche Chancengleichheit in allen Lebensbereichen. Entscheidend ist für uns der Abbau struktureller Benachteiligungen. Dies gilt bei Einkommen, Machtverteilung, Sorgearbeit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe.

Für uns bedeutet Gleichstellung:

- gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit
- gerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit
- gleichberechtigte Vertretung in Politik und Verwaltung
- wirksamer Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt
- konsequente Antidiskriminierungspolitik auf Landesebene

Den größten Handlungsbedarf sehen wir in Rheinland-Pfalz insbesondere in folgenden Bereichen:

1. Arbeitsmarkt und Einkommen:

Wir wollen den Gender-Pay-Gap abbauen, tarifliche Beschäftigung stärken und soziale sowie pflegerische Berufe deutlich aufwerten.

2. Vereinbarkeit von Beruf und Sorgearbeit:

Der Ausbau von Kinderbetreuung und Pflegeangeboten ist notwendig, damit unbezahlte Sorgearbeit gerechter verteilt wird.

3. Politik und öffentliche Verwaltung:

Wir setzen uns für verbindliche Gleichstellungspläne, höhere Frauenanteile in Führungspositionen und eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung im Landeshaushalt ein.

4. Gewaltschutz:

Frauenhäuser und Beratungsstellen müssen flächendeckend ausgebaut und verlässlich finanziert werden.

5. Bildung und Antidiskriminierung:

Wir wollen stereotype Rollenbilder abbauen und ein wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz etablieren.

Unser Ziel ist eine Gleichstellung, die im Alltag spürbar ist, nicht nur auf dem Papier.

4. Frauen stellen 50% der Bevölkerung und sind dennoch nicht entsprechend in Kommunalpolitik oder im Landtag vertreten. Ein echtes Paritätsgesetz könnte dieses Problem lösen. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Frauen und andere marginalisierte Geschlechter in politischen Gremien, Landesbehörden und Kommunalpolitik angemessen vertreten sind und auch selbst aktiv werden?

Wir sehen die Unterrepräsentanz von Frauen in Kommunalpolitik und Landtag als klares demokratisches Defizit. Wenn Frauen die Hälfte der Bevölkerung stellen, müssen sie auch entsprechend in politischen Gremien vertreten sein. Repräsentanz entsteht jedoch nicht automatisch, sondern braucht verbindliche

Strukturen und faire Rahmenbedingungen.

1. Wir leben Parität in der eigenen Partei.

Wir haben eine verbindliche innerparteiliche Quotierung. Unsere Wahllisten werden im Reißverschlussprinzip aufgestellt, sodass mindestens die Hälfte der Listenplätze Frauen vorbehalten ist. Auf unserer Landesliste für die Landtagswahl 2026 sind 12 von 19 Kandidierenden Frauen. Damit liegt der Anteil von Frauen auf unserer Landesliste deutlich über der Hälfte, und die ersten drei Listenplätze sind mit Frauen besetzt. Gleichberechtigte Repräsentanz ist für uns gelebte Praxis, nicht nur Forderung.

2. Verbindliche Gleichstellungsinstrumente im öffentlichen Bereich.

Wir setzen uns für klare Gleichstellungspläne, transparente Auswahlverfahren und verbindliche Zielvorgaben in Landesbehörden ein. Führungspositionen im öffentlichen Dienst sollen geschlechtergerecht besetzt werden. Eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung stellt sicher, dass politische Entscheidungen ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer systematisch berücksichtigen.

3. Strukturelle Hürden abbauen.

Politisches Engagement scheitert oft an Zeit, Geld oder Care-Verpflichtungen. Deshalb wollen wir die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Mandat verbessern, Betreuungsangebote ausbauen und Beteiligungsformate so gestalten, dass Sorgearbeit kein Ausschlusskriterium ist.

4. Förderung und politische Bildung stärken.

Wir unterstützen gezielte Förderprogramme, Mentoring und politische Bildungsangebote, um Frauen und andere benachteiligte Gruppen für kommunale Mandate und politische Verantwortung zu gewinnen.

Unser Ansatz ist klar: Mehr Frauen in politischen Gremien erreicht man durch verbindliche Regeln, soziale Rahmenbedingungen und eine Partei, die Gleichstellung selbst praktiziert.

5. Wie werden Sie Mädchen- und Frauenorganisationen in RLP ideell, aber auch finanziell berücksichtigen und aktiv in frauenpolitische Themen und Fragen mit einbeziehen?

Wir verstehen die Förderung von Mädchen- und Frauenorganisationen als festen Bestandteil einer konsequent feministischen und sozial gerechten Politik.

Ideelle Berücksichtigung und politische Einbindung

Wir begreifen Mädchen- und Frauenorganisationen als unverzichtbare Akteurinnen der Zivilgesellschaft. Sie verfügen über fachliche Expertise zu Gleichstellung, Gewaltprävention, Care-Arbeit, Arbeitsmarktpolitik und gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb wollen wir:

- sie systematisch in Gesetzgebungsprozesse, Anhörungen und Fachgespräche einbeziehen,
- regelmäßige Austauschformate zwischen Landespolitik und frauenpolitischen Initiativen etablieren,
- ihre Perspektiven verbindlich in Gleichstellungsstrategien und Aktionspläne des Landes aufnehmen.

Für uns ist feministische Politik kein Nebefeld, sondern Querschnittsaufgabe. Gleichstellung muss in allen Ressorts berücksichtigt werden.

Finanzielle Stärkung und strukturelle Absicherung

Wir setzen uns dafür ein, dass Mädchen- und Frauenorganisationen verlässlich und langfristig finanziert werden. Dazu gehören:

- eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung von Frauenhäusern, Beratungsstellen und Schutzangeboten,
- die Förderung von Bildungs-, Empowerment- und Präventionsprojekten,
- eine strukturelle Absicherung statt projektbezogener Kurzzeitförderung,
- die Einführung bzw. konsequente Anwendung von Gender Budgeting, um Haushaltsmittel systematisch auf ihre Wirkung für Gleichstellung zu überprüfen.

Gerade im Bereich Gewalt gegen Frauen, ökonomische Unabhängigkeit und Unterstützung für Alleinerziehende sehen wir konkreten Handlungsbedarf.

Aktive Beteiligung an frauenpolitischen Themen

Wir wollen frauenpolitische Strategien nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entwickeln. Deshalb streben wir eine enge Kooperation mit bestehenden Netzwerken, Initiativen und Selbstorganisationen an. Ihre Erfahrungen sollen in landesweite Programme gegen geschlechtsspezifische Gewalt, für gleiche Bezahlung, bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie für mehr politische Teilhabe einfließen.

Wir wissen zugleich, dass programmatische Zielsetzungen allein nicht ausreichen. Entscheidend ist die konkrete haushaltspolitische Umsetzung im Landtag. Deshalb verbinden wir unsere feministischen Leitlinien mit dem Anspruch, sie durch verbindliche Etatposten, gesetzliche Regelungen und transparente Beteiligungsverfahren abzusichern.

Unser Ziel ist klar: Mädchen- und Frauenorganisationen in Rheinland-Pfalz sollen nicht nur angehört, sondern strukturell gestärkt und dauerhaft als gleichberechtigte Partnerinnen politischer Gestaltung anerkannt werden.

6. Für die Gleichstellung der Geschlechter einzutreten, ist in Rheinland-Pfalz auch kommunale Pflichtaufgabe. Danach muss es in allen zwölf kreisfreien Städten und den 24 Landkreisen hauptamtlich besetzte Gleichstellungsstellen oder Frauenbüros geben. Alle anderen Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind verpflichtet, die Gleichstellung zu fördern und wenigstens ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte benennen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gleichstellungsstellen und Frauenbüros zur hauptamtlichen Pflicht für alle Städte und Kommunen werden?

Wir setzen uns dafür ein, dass Gleichstellung in Rheinland-Pfalz flächendeckend zur kommunalen Realität wird. Für uns ist klar: Gleichstellungsarbeit darf nicht nur in größeren Städten spürbar sein, sondern muss überall etabliert werden. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass:

- Gleichstellungsstellen und Frauenbüros in allen Städten und Gemeinden hauptamtlich eingerichtet werden, damit die Umsetzung von Gleichstellungspolitik kontinuierlich, professionell und unabhängig erfolgt.
- Kommunen ausreichend finanziell und personell ausgestattet werden, damit Gleichstellungsstellen ihre Aufgaben effektiv erfüllen können – von Beratung und Prävention über Bildungs- und Empowermentangebote bis hin zur Unterstützung von Mädchen- und Frauenorganisationen.

Unser Ziel ist, strukturelle Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung aller Geschlechter in allen Regionen des Landes verbindlich voranzutreiben.

Arbeits- und Berufsleben

Fehlende Gleichstellung macht sich besonders in der unfairen Aufteilung von Care Arbeit oder Gender Pay Gap bemerkbar. Frauen arbeiten zudem häufiger im Niedriglohnsektor und in Teilzeit/Minijobs, da sie zusätzlich unbezahlte Sorgearbeit leisten und sind somit auch armutsgefährdeter.

7. Wie will Ihre Partei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Rheinland-Pfalz verbessern?

Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Rheinland-Pfalz deutlich verbessern. Frauen sollen nicht länger durch unbezahlte Care-Arbeit benachteiligt werden und das Risiko von Teilzeitfallen, Niedriglöhnen oder Altersarmut tragen. Deshalb setzen wir auf:

- Flächendeckend gebührenfreie Kitas, Horte und Ganztagschulen, ergänzt durch flexible Betreuungsangebote für kleine Kinder und Randzeiten.
- Faire Arbeitsbedingungen und Entgeltgleichheit, um den Gender Pay Gap zu verringern und Aufstiegschancen für alle zu sichern.
- Flexible Arbeitszeitmodelle, Jobsharing und Homeoffice, die Karriere und Sozialleistungen nicht beeinträchtigen.
- Aufwertung von Care- und Pflegearbeit und stärkere gesellschaftliche Anerkennung, kombiniert mit gezielter Einbindung von Vätern, um Sorgearbeit gerechter zu verteilen.

Unser Ziel ist klar: Familien sollen Beruf, Kinderbetreuung und Pflegeaufgaben gerecht vereinbaren können, ohne dass Frauen strukturell benachteiligt werden.

8. Welche Schritte unternimmt Ihre Partei gegen den Gender Pay Gap, bzw. für faire Entlohnung und Gleichstellung am Arbeitsplatz?

Wir setzen uns konsequent dafür ein, den Gender Pay Gap zu verringern und die Gleichstellung am Arbeitsplatz zu sichern. Dazu planen wir folgende Schritte:

- Transparenz bei Löhnen: Wir wollen gesetzlich verankerte Entgelttransparenz in allen Betrieben fördern, damit gleiche Arbeit auch gleich bezahlt wird.
- Verstärkte Kontrollen und Sanktionen: Unternehmen, die Entgeltgleichheit nicht einhalten, sollen verbindlich überprüft und bei Verstößen sanktioniert werden.
- Förderung von Frauen in Führungspositionen: Wir unterstützen Maßnahmen wie verbindliche Frauenquoten in Aufsichtsräten, Managementebenen und öffentlichen Einrichtungen.
- Aufwertung von Care- und Teilzeitarbeit: Wir setzen uns dafür ein, dass Tätigkeiten in traditionell frauendominierten Branchen besser entlohnt und beruflich anerkannt werden.
- Stärkung von Tarifverträgen und Gewerkschaften: Tarifbindung und kollektive Vereinbarungen sollen

ausgeweitet werden, um faire Löhne und Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

- **Vereinbarkeit von Beruf und Familie:** Durch den Ausbau von Betreuungsinfrastruktur und flexiblen Arbeitszeitmodellen sollen strukturelle Benachteiligungen von Frauen in der Arbeitswelt abgebaut werden.

9. Plant Ihre Partei Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, sowohl im öffentlichen Dienst als auch in Wirtschaft und Wissenschaft?

Wir setzen uns dafür ein, dass Gleichstellung in allen Bereichen von Beruf und Politik konsequent umgesetzt wird. Im Rahmen unseres Landeswahlprogramms bedeutet das:

- Wir unterstützen Maßnahmen, die Frauen den Zugang zu Führungspositionen erleichtern, insbesondere im öffentlichen Dienst, um dort eine ausgewogene Vertretung zu erreichen.
- Wir fördern Rahmenbedingungen, die Frauen in Wirtschaft und Wissenschaft gleiche Chancen für Aufstieg und Verantwortung ermöglichen, zum Beispiel durch Mentoring, berufliche Weiterbildung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Unser Fokus liegt auf der Beseitigung struktureller Hindernisse, wie ungleicher Verteilung von Care-Arbeit und fehlender Flexibilität in Arbeitszeiten, die Frauen häufig am beruflichen Aufstieg hindern.

Unser Ziel ist eine Arbeitswelt und eine öffentliche Verwaltung, in der Frauen und Männer gleiche Chancen auf Leitungspositionen haben und strukturelle Benachteiligungen systematisch abgebaut werden.

Bildung, Erziehung und Genderbewusstsein

Schule ist bekanntlich Ländersache. Dennoch gibt es keine einheitlichen Vorgaben bezüglich sexueller Bildung, Diversitäts- Sozial und Genderkompetenz, um auch früh bereits Stereotypen entgegen zu wirken.

10. Welche Konzepte hat Ihre Partei, um in KiTa, Schule und Ausbildung Kompetenzen zum Umgang mit vielfältigen Lebensformen, Konfliktlösung, Gendergerechtigkeit und Gewaltprävention zu fördern?

Wir wollen, dass Kinder, Jugendliche und Auszubildende von Anfang an lernen, Vielfalt zu respektieren, Gleichberechtigung zu leben und Konflikte gewaltfrei zu lösen. Im Rahmen unseres Landeswahlprogramms setzen wir dafür auf folgende Ansätze:

- **Frühkindliche Bildung stärken:** In Kitas sollen altersgerechte Angebote zu sozialen Kompetenzen, Gendergerechtigkeit, Konfliktlösung und Vielfalt implementiert werden. Pädagogische Fachkräfte werden dafür qualifiziert und unterstützt.
- **Schulische Konzepte ausbauen:** An Schulen sollen Unterricht und Projekte Genderkompetenz, Diversität und Prävention von Gewalt thematisieren, etwa durch Sozial und Lebenskompetenzprogramme, Anti-Mobbing-Konzepte und Sensibilisierung für unterschiedliche Lebensrealitäten.
- **Berufliche Bildung einbeziehen:** Auch in Ausbildungsgängen sollen Sozialkompetenz, Respekt vor Vielfalt und Gendergerechtigkeit vermittelt werden, damit junge Menschen auf Arbeitswelt und gesellschaftliches Miteinander vorbereitet sind.
- **Partizipation fördern:** Kinder und Jugendliche sollen aktiv in Projekte einbezogen werden, die Selbstbewusstsein, Mitbestimmung und Verantwortung stärken, damit Stereotype frühzeitig hinterfragt werden.

Ziel ist, dass Kitas, Schulen und Ausbildungsstätten Orte werden, an denen Respekt, Gleichberechtigung und Konfliktfähigkeit von Anfang an gelebt werden, um langfristig gesellschaftliche Benachteiligungen und Gewalt zu reduzieren.

11. Wie will Ihre Partei Diskriminierung bzw. Stereotype in Bildung, Erziehung und Ausbildung abbauen?

Wir wollen Diskriminierung und Stereotype in Bildung, Erziehung und Ausbildung systematisch abbauen und dabei alle Geschlechteridentitäten berücksichtigen, einschließlich non-binärer Personen. Multiprofessionelle Teams sollen unterschiedliche Expertisen bündeln, um eine inklusive und respektvolle Lernumgebung zu schaffen. Konkret bedeutet das:

- **Vielfältige Bildungsinhalte:** Lehrpläne, Unterrichtsmaterialien und Kita-Konzepte sollen Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und unterschiedliche Lebensformen abbilden, damit Stereotype frühzeitig hinterfragt werden.
- **Multiprofessionelle Teams stärken:** Lehrkräfte, Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen, Psycholog*innen und andere Fachkräfte arbeiten gemeinsam, um Diskriminierung zu erkennen, vorzubeugen und inklusive Lernräume zu gestalten, die alle Geschlechteridentitäten einbeziehen.
- **Partizipation und Mitbestimmung:** Kinder, Jugendliche und Auszubildende werden aktiv in Projekte

eingebunden, die Respekt, Teamfähigkeit und Achtsamkeit für Vielfalt stärken.

- Prävention von Gewalt und Diskriminierung: Kitas, Schulen und Ausbildungsbetriebe implementieren verbindliche Konzepte zur Konfliktlösung, Anti-Mobbing-Maßnahmen und Sensibilisierung für Gleichberechtigung, inklusive non-binärer Lebensweisen.
- Förderung von Chancengleichheit: Mädchen, Jungen und non-binäre Personen erhalten gleichermaßen Zugang zu allen Bildungs und Berufsfeldern, um strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

Unser Ziel ist eine Bildungs- und Ausbildungslandschaft, in der Respekt, Gleichberechtigung und Vielfalt von Anfang an gelebt werden – durch die koordinierte Arbeit multiprofessioneller Teams, die unterschiedliche Perspektiven einbringen und nachhaltige Kompetenzen fördern.

Gesundheit & Soziales

Frauen leider unter dem mangelnden Zugang, mangelnder körperlicher Autonomie und existierendem Gender Health Gap in Forschung und Versorgung. Zusätzlich sind Frauen besonders armutsgefährdet.

12. Inwiefern berücksichtigt Ihre Partei geschlechtsspezifische gesundheitliche Bedürfnisse im Land? Gibt es konkrete Pläne, z. B. für frauenspezifische Prävention, psychische Gesundheit, Schwangerschaft, Familienplanung etc.?

Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtsspezifische gesundheitliche Bedürfnisse in Rheinland-Pfalz konsequent berücksichtigt werden – dabei schließen wir Frauen, trans und nicht-binäre Personen ausdrücklich mit ein. Aus unserem Landeswahlprogramm leiten wir folgende Ansätze ab:

- Geschlechtsspezifische Prävention: Angebote sollen auf die unterschiedlichen gesundheitlichen Risiken und Bedürfnisse von Frauen, trans und nicht-binären Personen eingehen, etwa Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen und Programme zur Förderung körperlicher und psychischer Gesundheit.
- Psychische Gesundheit: Psychosoziale Angebote werden flächendeckend ausgebaut, mit besonderem Fokus auf Belastungen durch Erwerbsarbeit, Care-Arbeit oder gesellschaftliche Diskriminierung.
- Schwangerschaft, Familienplanung und reproduktive Selbstbestimmung: Leicht zugängliche Beratung und Aufklärung sowie wohnortnahe Versorgung stärken die Selbstbestimmung von Frauen, trans und nicht-binären Personen in Fragen von Schwangerschaft, Verhütung und Familienplanung. Auch der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen soll erleichtert und gesichert werden.
- Unterstützung für Regenbogenfamilien: Familienformen jenseits traditioneller Strukturen, wie Regenbogenfamilien, benötigen gezielte Unterstützung, etwa bei rechtlichen Fragen, Beratungsangeboten oder Betreuungsinfrastruktur.
- Bekämpfung des Gender Health Gap: Forschung und Versorgung sollen geschlechtsspezifische Unterschiede berücksichtigen, einschließlich der besonderen Bedürfnisse von trans und nicht-binären Personen, um Diagnosen, Behandlung und Prävention zu verbessern.
- Unterstützung armutsgefährdeter Menschen: Gesundheitsangebote werden mit sozialpolitischen Maßnahmen verknüpft, um besonders vulnerable Gruppen – etwa Alleinerziehende, prekär Beschäftigte oder Menschen in marginalisierten Lebenslagen – gezielt zu erreichen.
- Multiprofessionelle Teams: Ärztinnen, Pflegekräfte, Psychologinnen, Sozialarbeiter*innen und andere Fachkräfte arbeiten gemeinsam, um eine umfassende, inklusive und bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen.

Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die alle Geschlechter gleichberechtigt, bedarfsgerecht und selbstbestimmt erreicht – präventiv, therapeutisch und unterstützend – und die sowohl reproduktive Rechte als auch vielfältige Familienformen wirksam schützt und unterstützt.

13. Das Land fördert in Rheinland-Pfalz Hebammenzentralen und hebammengeleitete Kreißsäle, um dem Hebammenmangel entgegenzuwirken. Trotz Geburtenrückgang wird mit einer weiteren Verschärfung des Hebammenmangels gerechnet, da die neue Abrechnungsverordnung (Hebammenhilfegesetz) für viele Hebammen den Beruf nicht mehr ausübungswert ist. Werden Sie die Förderung der Hebammenzentralen und der hebammengeleiteten Kreißsäle durch das Land fortsetzen oder ausbauen?

Wir setzen uns dafür ein, die Versorgung von Schwangeren und Gebärenden in Rheinland-Pfalz zuverlässig und flächendeckend zu sichern. Dabei ist uns bewusst, dass das Hebammenhilfegesetz und die neue Abrechnungsverordnung viele Hebammen vor Herausforderungen stellt und den Beruf für manche unattraktiv macht. Unser Ansatz ist:

- Fortführung und Ausbau der Förderung von Hebammenzentralen und hebammengeleiteten Kreißsälen, um dem bestehenden Hebammenmangel wirksam entgegenzuwirken.
- Anpassung der Vergütungssysteme: Wir fordern, dass die Umsetzung des Hebammenhilfegesetzes so

gestaltet wird, dass Hebammen ihre Leistungen wirtschaftlich und fachlich sinnvoll erbringen können, ohne dass der Beruf dadurch an Ausübungswert verliert.

- Attraktive Arbeitsbedingungen: Neben fairer Vergütung sollen Arbeitszeiten, administrative Belastungen und Fortbildungsmöglichkeiten so gestaltet werden, dass der Beruf langfristig attraktiv bleibt.
- Regionale Versorgung sichern: Besonders in ländlichen Regionen müssen Hebammenzentralen und Kreißsäle flächendeckend erreichbar sein, um eine wohnortnahe und sichere Betreuung zu gewährleisten.
- Multiprofessionelle Teams: Hebammen sollen in interdisziplinären Teams arbeiten können, unterstützt durch Ärzt*innen, Pflegekräfte und psychosoziale Fachkräfte, um eine hochwertige Betreuung zu gewährleisten.

Unser Ziel ist eine Geburtshilfe, die sicher, selbstbestimmt und flächendeckend verfügbar ist, und ein Hebammenberuf, der durch das Hebammenhilfegesetz gestärkt und nicht erschwert wird.

14. Wird sich Ihre Partei für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und für die Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in die Regelgesundheitsversorgung einsetzen?

Wir setzen uns dafür ein, dass Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz rechtlich abgesichert, sicher und wohnortnah zugänglich sind und als Teil der Regelgesundheitsversorgung anerkannt werden. Konkret bedeutet das:

- Legalisierung und Entkriminalisierung: Wir unterstützen eine gesetzliche Regelung, die Frauen, trans und nicht-binäre Personen das Recht auf selbstbestimmte Entscheidungen über Schwangerschaften garantiert.
- Aufnahme in die Regelversorgung: Schwangerschaftsabbrüche sollen als regulärer Bestandteil der Gesundheitsversorgung anerkannt und finanziell abgesichert werden, damit Barrieren durch Kosten oder begrenzte Versorgung beseitigt werden.
- Flächendeckende Versorgung: Wir wollen sicherstellen, dass sowohl städtische als auch ländliche Regionen über ausreichend zugängliche Einrichtungen verfügen, inklusive ambulanter und klinischer Angebote.
- Begleitende Beratung und Unterstützung: Fachlich fundierte und neutrale Beratung soll weiterhin angeboten werden, um Betroffene in ihrer Entscheidung zu unterstützen, ohne Zwang oder Diskriminierung.
- Integration in Prävention und Familienplanung: Schwangerschaftsabbrüche sollen Teil eines umfassenden Angebots zur reproduktiven Gesundheit sein, das auch Verhütung, Familienplanung und Aufklärung umfasst.

Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, in der selbstbestimmte reproduktive Rechte verlässlich umgesetzt werden und alle Personen Zugang zu sicheren, legalen und wohnortnahen Leistungen haben.

15. Es ist Aufgabe der Länder, eine ausreichende, wohnortnahe Versorgung mit Angeboten für Schwangerschaftsabbrüche sicherzustellen. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen um die aktuell schlechte medizinische Versorgungslage für Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz zu verbessern?

Wir setzen uns dafür ein, dass die medizinische Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen in Rheinland-Pfalz flächendeckend, wohnortnah und zuverlässig gewährleistet ist. Das bedeutet für uns:

- Ausbau ambulanter und klinischer Angebote: Wir wollen sicherstellen, dass sowohl städtische als auch ländliche Regionen über ausreichend Praxen und Einrichtungen verfügen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.
- Aufnahme in die Regelgesundheitsversorgung: Abbrüche sollen als regulärer Bestandteil der Gesundheitsversorgung anerkannt und finanziell abgesichert werden, um Zugangshürden zu beseitigen.
- Unterstützung und Qualifizierung von Fachpersonal: Hebammen, Ärzt*innen und medizinisches Personal sollen durch Fortbildung, Entlastung und faire Vergütung motiviert werden, Schwangerschaftsabbrüche fachlich kompetent anzubieten.
- Multiprofessionelle Versorgung: Psychologische, soziale und medizinische Fachkräfte sollen in Teams zusammenarbeiten, um eine umfassende Betreuung sicherzustellen.
- Sensibilisierung und Aufklärung: Informationsangebote zu reproduktiver Gesundheit, Verhütung und Selbstbestimmung sollen ausgeweitet werden, um Entscheidungen fundiert und frei von Druck treffen zu können.

Unser Ziel ist eine Versorgung, in der Schwangerschaftsabbrüche sicher, selbstbestimmt und wohnortnah möglich sind, und in der alle Personen – Frauen, trans und nicht-binäre Menschen – umfassend unterstützt werden.

16. Was sind ihre konkreten Vorhaben, um Frauen in ländlichen Gegenden Zugang zu Hilfsangeboten,

medizinischer Versorgung, Bildung und Teilhabe zu ermöglichen?

Wir wollen, dass gesundheitliche Versorgung in Rheinland Pfalz menschenorientiert, wohnortnah und gemeinwohlorientiert gestaltet wird. Das Wahlprogramm der Linken Rheinland Pfalz macht deutlich, dass wir ein Gesundheitssystem wollen, das für die Menschen da ist – und nicht für Profite.

Konkrete Vorhaben zur Verbesserung der Versorgung im Land:

- **Stärkung kommunaler Versorgungszentren:** Wir setzen uns für den Ausbau kommunaler Behandlungs- und Versorgungszentren ein, in denen ambulante und stationäre Medizin, psychosoziale Betreuung und weitere Therapien gemeinsam angeboten werden. Diese Zentren sind zentrale Bausteine für eine wohnortnahe, integrierte Versorgung speziell auch im ländlichen Raum.
- **Abkehr von Marktlogik und Privatisierung:** Gesundheit ist für uns ein Recht und keine Ware. Wir lehnen eine Profitlogik im Gesundheitswesen ab, sehen die Fallpauschalen Finanzierung kritisch und wollen Krankenhäuser wieder in kommunale oder öffentliche Hand zurückführen, damit Versorgung nicht allein von betriebswirtschaftlichen Interessen abhängt.
- **Gegen Klinikschließungen:** Schließungen von Kliniken und insbesondere Geburtsstationen gefährden die Versorgung – gerade in ländlichen Regionen entstehen dadurch Versorgungslücken. Wir wollen dem entgegenwirken, indem wir eine bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung und Angebote sichern, statt sie weiter auszudünnen.
- **Personal und Qualifikation stärken:** Eine gute Versorgung braucht genügend Personal in Kliniken, Praxen und Versorgungszentren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Arbeitsbedingungen, Ausbildungschancen und Fachkräfteangebote verbessert werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
- **Zusammenarbeit statt Ausdünnung:** Stationäre und ambulante Versorgung sollen gemeinsam und sektorenübergreifend geplant werden, statt voneinander getrennt zu agieren. Das schafft kurze Wege und eine bessere Abstimmung der Gesundheitsangebote im ganzen Land.

17. Welche Pläne haben Sie, um eine flächendeckend barrierefreie gynäkologische Versorgung für Frauen mit Behinderungen zu gewährleisten?

Wir wollen sicherstellen, dass Frauen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz flächendeckend barrierefreien Zugang zu gynäkologischer Versorgung haben. Aus unserem Landeswahlprogramm leiten wir folgende programmkonformen Ansätze ab:

- **Barrierefreie Praxen und Versorgungszentren:** Gynäkologische Praxen, kommunale Versorgungszentren und Hebammenzentralen sollen baulich, organisatorisch und kommunikativ barrierefrei gestaltet werden, damit Frauen mit körperlichen, sensorischen oder kognitiven Beeinträchtigungen selbstbestimmt Zugang zu Vorsorge und Behandlung erhalten.
- **Multiprofessionelle Teams:** Ärzt*innen, Pflegekräfte, Sozialfachkräfte und Assistenzkräfte arbeiten gemeinsam, um individuelle Bedürfnisse zu berücksichtigen und eine umfassende, inklusive Betreuung zu gewährleisten.
- **Schulung von Fachpersonal:** Gynäkologinnen und medizinisches Personal sollen speziell im Umgang mit Menschen mit Behinderungen geschult werden, um Sensibilität, fachliche Kompetenz und patientinnengerechte Versorgung sicherzustellen.
- **Regionale Versorgung sichern:** Gerade in ländlichen Regionen sollen wohnortnahe Angebote gefördert werden, um lange Anfahrtswege und Versorgungsengpässe zu vermeiden.
- **Inklusive Vorsorgeprogramme:** Prävention, Familienplanung und reproduktive Gesundheitsangebote werden so gestaltet, dass sie die spezifischen Bedarfe von Frauen mit Behinderungen einbeziehen.

Unser Ziel ist eine gleichberechtigte, selbstbestimmte und flächendeckend zugängliche gynäkologische Versorgung, die alle Frauen erreicht – unabhängig von Behinderung, Geschlecht, Wohnort oder Lebenssituation.

Diskriminierung, Vielfalt & Intersektionalität

18. Erkennt Ihre Partei an, dass Geschlecht allein nicht reicht – also z. B. Einfluss von Herkunft, sexueller Identität, Behinderung, Alter etc.? Welche Maßnahmen plant sie, um Intersektionalität zu adressieren insbesondere in Bezug auf soziale Ungleichheiten, die Frauen oft stärker betreffen (z. B. Alleinerziehende, Altersarmut, Pflegearbeit, Abbau von Sprachbarrieren)?

Wir erkennen an, dass Geschlecht allein nicht ausreicht, um soziale Ungleichheiten zu erfassen. Herkunft, sexuelle Identität, Behinderung, Alter, Bildung und weitere Faktoren beeinflussen, wie Frauen Zugang zu Ressourcen, Bildung, Gesundheit und Teilhabe haben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, intersektionale Perspektiven systematisch in Politik und Förderung einzubeziehen.

Unsere programmkonformen Maßnahmen:

- Gezielte Unterstützung vulnerabler Gruppen: Alleinerziehende, Frauen in prekären Beschäftigungen, ältere Frauen oder Menschen mit Behinderungen erhalten spezielle Förderangebote, z. B. für Teilhabe am Arbeitsmarkt, Pflegeentlastung und soziale Absicherung.
- Barrierefreie und inklusive Angebote: Bildung, Gesundheit, Beratung und Freizeitangebote werden so gestaltet, dass sie für alle zugänglich sind – unabhängig von körperlichen Einschränkungen, Sprache, Herkunft oder sexueller Identität.
- Abbau von Sprachbarrieren: Informationen, Beratungsangebote und Bildungsprogramme sollen mehrsprachig aufbereitet werden, damit insbesondere Migrantinnen und geflüchtete Frauen selbstbestimmt Angebote nutzen können.
- Intersektionale Fachplanung: Gleichstellungsstellen auf Landes- und kommunaler Ebene sollen bei allen Maßnahmen unterschiedliche Benachteiligungen berücksichtigen, etwa beim Zugang zu Care-Arbeit, Erwerbstätigkeit, Gesundheitsversorgung oder politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten.
- Förderung von Netzwerken und Empowerment: Lokale Frauenorganisationen werden unterstützt, um Frauen in vielfältigen Lebenslagen zu stärken, ihre Interessen zu vertreten und strukturelle Ungleichheiten abzubauen.

Unser Ziel ist eine Politik, die soziale Ungleichheiten umfassend adressiert, Frauen in allen Lebenslagen stärkt und die Schnittstellen zwischen Geschlecht, Herkunft, Behinderung, Alter und sexueller Identität aktiv berücksichtigt.

19. Was wollen Sie gezielt tun, um besonders queeren Frauen (trans*Frauen, Lesben) Schutz und Gleichstellung zukommen zu lassen?

Wir setzen uns dafür ein, dass queere Frauen – darunter trans*Frauen und Lesben – in Rheinland-Pfalz Schutz, Gleichstellung und Sicherheit erfahren.
Unsere konkreten Maßnahmen:

- Schutz vor Gewalt: Wir stärken Gewaltschutzangebote und stellen sicher, dass Beratungsstellen, Schutzräume und Unterstützungsangebote für alle Bedarfe offenstehen und keine Zugangsbarrieren bestehen – besonders für trans*Frauen und Lesben, die von Gewalt mehrfach betroffen sein können.
- Rechtlicher Schutz und Antidiskriminierung: Wir sorgen dafür, dass queere Frauen rechtlich abgesichert sind und Diskriminierung in allen Lebensbereichen konsequent bekämpft wird, sei es in Schule, Ausbildung, Behörden oder am Arbeitsplatz.
- Sensibilisierung und Bildung: Wir fördern Aufklärung über sexuelle Vielfalt, Gendergerechtigkeit und queere feministische Perspektiven in Schulen, Kitas und Ausbildungsstätten, um Vorurteile abzubauen und ein gewaltfreies, respektvolles Miteinander zu stärken.
- Gesundheitsversorgung: Wir gewährleisten Zugang zu inklusiver, bedarfsgerechter medizinischer Versorgung, die die spezifischen gesundheitlichen Bedürfnisse queerer Frauen anerkennt und Diskriminierung abbaut.
- Unterstützung von Netzwerken und Empowerment: Wir stärken Initiativen, Vereine und Beratungsstellen, die queere Frauen unterstützen, ihre Sichtbarkeit erhöhen und Regenbogenfamilien gezielt fördern.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft in Rheinland-Pfalz, in der queere Frauen selbstbestimmt, geschützt und gleichberechtigt leben können, Gewaltprävention, Bildung, Gesundheit und politische Teilhabe umfassend umgesetzt werden.

20. Diese Intersektionalität wird auch besonders in der Istanbul-Konvention betrachtet. Wie werden Sie sicherstellen, dass der Auftrag der Umsetzung der Istanbulkonvention sich ebenfalls in adressatengerechten Präventions- und Schutzkonzepten wiederfindet?

Wir setzen uns dafür ein, dass die Istanbul-Konvention konsequent umgesetzt wird und ihre Vorgaben in allen Landesteilen und Lebensbereichen für Frauen, trans* und nicht-binäre Personen sichtbar werden. Dabei achten wir besonders auf die intersektionalen Dimensionen, also die Überschneidungen von Geschlecht mit Herkunft, Behinderung, sexueller Identität, Alter oder sozialen Benachteiligungen.
Unsere Maßnahmen:

- Adressatengerechte Präventionskonzepte: Wir entwickeln Präventionsprogramme, die auf die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und queeren Personen zugeschnitten sind, z. B. für Alleinerziehende, Geflüchtete, Menschen mit Behinderungen oder queere Frauen. Inhalte wie Gewaltprävention, Aufklärung über Rechte und frühzeitiges Erkennen von Diskriminierung werden integriert.
- Flächendeckender Gewaltschutz: Wir sichern, dass Beratungsstellen, Schutzräume und Notfallangebote für alle Betroffenen erreichbar und barrierefrei sind – sowohl in städtischen als auch in ländlichen

Regionen.

- **Schulung und Sensibilisierung:** Fachkräfte in Polizei, Justiz, Bildung und Sozialarbeit werden kontinuierlich zu intersektionaler Gewaltprävention, Diversität und spezifischen Bedarfen sensibilisiert.
- **Monitoring und Evaluation:** Wir stellen sicher, dass die Umsetzung der Istanbul-Konvention regelmäßig überprüft wird und die Maßnahmen an die tatsächlichen Bedarfe der Betroffenen angepasst werden.
- **Empowerment und Netzwerke:** Initiativen, die Betroffene unterstützen und stärken, werden gefördert, um Selbstbestimmung, Sichtbarkeit und gesellschaftliche Teilhabe zu sichern.

21. Welche gezielten Maßnahmen planen Sie, um den Gewaltschutz in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und in besonderen Wohnformen zu stärken (z. B. durch konkretere gesetzliche Rahmenbedingungen für Frauenbeauftragte in besonderen Wohnformen?)

Wir setzen uns dafür ein, den Gewaltschutz in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und in besonderen Wohnformen konsequent zu stärken, insbesondere für Frauen, trans* und nicht-binäre Personen, die hier oft mehrfach gefährdet sind.

Unsere geplanten Maßnahmen:

- **Stärkung der Frauenbeauftragten:** Wir wollen gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen oder anpassen, die Frauenbeauftragte in Werkstätten und besonderen Wohnformen verbindlich einsetzen und ihre Aufgaben klar definieren. Sie sollen Ansprechpartnerinnen für Gewaltvorfälle, Diskriminierung oder Belästigung sein.
- **Barrierefreie Zugänge zu Schutz- und Beratungsangeboten:** Alle Bewohner*innen und Beschäftigten sollen leicht zugängliche, niederschwellige Anlaufstellen für Beratung und Schutz finden – auch für Menschen mit körperlichen, geistigen oder sprachlichen Einschränkungen.
- **Schulung und Sensibilisierung des Personals:** Mitarbeitende in Werkstätten und Wohnformen werden regelmäßig zu Themen wie Gewaltprävention, intersektionale Diskriminierung, Rechte von Frauen und queeren Menschen sowie Notfallmanagement geschult.
- **Präventions- und Schutzkonzepte:** Wir setzen uns dafür ein, dass jede Einrichtung verbindliche Konzepte zur Gewaltprävention und Intervention hat, die regelmäßig überprüft und an die Bedarfe der Bewohner*innen und Beschäftigten angepasst werden.
- **Monitoring und Kontrolle:** Die Umsetzung dieser Konzepte soll durch unabhängige Stellen überwacht werden, um Missstände frühzeitig zu erkennen und zu beheben.

Unser Ziel ist ein Umfeld, in dem Frauen und queere Menschen in Werkstätten und Wohnformen sicher, selbstbestimmt und geschützt leben und arbeiten können, mit klaren Strukturen, kompetenten Ansprechpartner*innen und wirksamer Prävention.

Gewaltschutz

22. Wie stellen Sie und Ihre Partei sich den Bestand und Ausbau der Fach- und Beratungsstellen zum Thema sexualisierte Gewalt und der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Schutz und Beratung vor? Inwiefern werden dabei berücksichtigt: ländlicher Raum, Abbau von Barrieren, TIN*-Personen und Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus?

Wir setzen uns dafür ein, dass Fach- und Beratungsstellen zum Thema sexualisierte Gewalt flächendeckend gesichert und ausgebaut werden und der gesetzliche Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für alle Betroffenen umgesetzt wird. Dabei berücksichtigen wir gezielt ländliche Regionen, Barrieren, TIN*-Personen (Trans, Inter*, Nicht-binär) und Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus**.

Unsere konkreten Maßnahmen:

- **Bestandssicherung und Ausbau:** Wir sorgen dafür, dass bestehende Fach- und Beratungsstellen langfristig finanziert sind und neue Einrichtungen insbesondere in unterversorgten Regionen entstehen. Ländliche Räume sollen durch mobile Angebote oder digitale Beratungszugänge besser erreicht werden.
- **Barrierefreie Zugänge:** Beratungs- und Schutzangebote werden so gestaltet, dass sie für Menschen mit körperlichen, sensorischen oder kognitiven Einschränkungen zugänglich sind, inklusive Dolmetsch- und Unterstützungsangeboten.
- **Inklusive und bedarfsorientierte Beratung:** Fach- und Beratungsstellen werden geschult, um die spezifischen Bedarfe von TIN*-Personen, queeren Betroffenen und Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus zu berücksichtigen. Sensible Zugänge ohne Angst vor Diskriminierung oder rechtlichen Nachteilen werden gewährleistet.
- **Prävention und Aufklärung:** Wir fördern Aufklärungsprogramme, die sexualisierte Gewalt thematisieren, Gewaltprävention vermitteln und Betroffene über ihre Rechte informieren – angepasst an verschiedene Lebensrealitäten und Sprachen.
- **Vernetzung und Empowerment:** Fachstellen werden gestärkt, um Netzwerke für Betroffene aufzubauen,

die Sichtbarkeit erhöhen und Unterstützung für Regenbogenfamilien, Geflüchtete oder andere vulnerable Gruppen bieten.

Unser Ziel ist eine Versorgung, in der alle Betroffenen von sexualisierter Gewalt Schutz, Beratung und Prävention erhalten, unabhängig von Wohnort, Behinderung, Geschlecht, sexueller Identität oder Aufenthaltsstatus.

23. Wie stehen Sie zu einer Gesetzesänderung bei Vergewaltigungen von „Nein heißt Nein“ zu „Nur ja! Heißt Ja!“? Wie stehen Sie zu dem Leitfaden Sorge- und Umgangsrecht

Wir treten dafür ein, dass Sexualdelikte konsequent nach dem Grundsatz „Nur ja heißt ja“ geahndet werden, da dies die Selbstbestimmung von Betroffenen stärkt und klarstellt, dass Zustimmung aktiv erteilt werden muss. Ein solcher Rechtsrahmen schützt insbesondere Frauen, trans* und nicht-binäre Personen vor Gewalt und macht die Strafverfolgung eindeutiger und gerechter.

Bezüglich des Leitfadens Sorge- und Umgangsrecht setzen wir uns dafür ein, dass das Wohl von Kindern im Mittelpunkt steht, ohne dass Gewalt- oder Missbrauchserfahrungen der Betroffenen im Nachteil interpretiert werden. Wir unterstützen Regelungen, die Gewalt- und Missbrauchsschutz priorisieren, klare Leitlinien für den Umgang mit Fällen von häuslicher Gewalt geben und Elternrechte nicht über das Kindeswohl stellen.

Unser Ziel ist eine Rechts- und Schutzpolitik, die Selbstbestimmung, Sicherheit und Gleichberechtigung konsequent umsetzt, sowohl im Bereich sexualisierter Gewalt als auch im familienrechtlichen Kontext.

24. Insbesondere sexualisierte Gewalt hat häufig weitreichende und oft finanzielle Folgen für Betroffene. Die Taten werden meist nicht verurteilt, wodurch beispielsweise das SER nur schwer anwendbar ist. Der Fonds sexueller Missbrauch wurde zusätzlich eingestellt. Welche niedrigschwellige finanzielle Unterstützung planen Sie für Betroffene von sexualisierter Gewalt (bzw. juristische Kosten, Therapiekosten, Umzüge etc.)?

Wir setzen uns dafür ein, dass Betroffene sexualisierter Gewalt in Rheinland-Pfalz schnell, unkompliziert und wirksam finanziell unterstützt werden, auch unabhängig vom Ausgang eines Strafverfahrens. Unsere Maßnahmen:

- Wiederaufnahme und Ausbau eines Fonds für Betroffene: Wir wollen einen Landesfonds einrichten oder reaktivieren, der niedrigschwellige finanzielle Hilfen bereitstellt, z. B. für Therapiekosten, juristische Beratung, Umzüge oder notwendige Sicherheitsmaßnahmen.
- Unterstützung bei juristischen Kosten: Betroffene sollen unkompliziert Zugang zu Mitteln für anwaltliche Beratung und Prozesskostenhilfe erhalten, um ihre Rechte durchsetzen zu können, auch wenn Fälle nicht vor Gericht verurteilt werden.
- Therapie- und psychosoziale Unterstützung: Finanzierung von psychologischer Behandlung, Trauma- und Traumapädagogik sowie Beratungsangeboten wird gesichert, um langfristige Folgen abzumildern.
- Barrierefreier Zugang: Die Hilfen sollen niedrigschwellig, barrierefrei und anonym beantragbar sein, sodass auch Menschen mit Behinderungen, prekärer Wohnsituation oder unsicherem Aufenthaltsstatus Zugang erhalten.
- Regionale Verfügbarkeit: Finanzielle Unterstützung soll nicht nur in städtischen Zentren, sondern auch im ländlichen Raum zugänglich sein, um allen Betroffenen gleiche Chancen auf Hilfe zu ermöglichen.

Unser Ziel ist, dass die Folgen sexualisierter Gewalt nicht zusätzlich durch finanzielle Not verschärft werden und Betroffene schnelle, unkomplizierte Unterstützung erhalten.